

Freizügigkeits-Reglement

Vorbemerkungen

Immer wenn im vorliegenden Reglement der Begriff *Vorsorgenehmer* verwendet wird, gilt er für beide Geschlechter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, jeweils die männlichen und die weiblichen Bezeichnungen zu verwenden.

Der im Sinne des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004 eingetragene Partner ist einem Ehegatten gleichgestellt.

1 Zweck

Das Freizügigkeitskonto bezweckt die Erhaltung und Weiterführung des im Rahmen der beruflichen Vorsorge erworbenen Vorsorgeschatzes.

Die gesetzlichen Grundlagen sind das Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993 (FZG) und die Verordnung über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 3. Oktober 1994 (FZV).

2 Abschluss und Vollzug der Vereinbarung

Die Credit Suisse Freizügigkeitsstiftung 2. Säule (nachstehend *Stiftung* genannt) wird die auf dem Freizügigkeitskonto des Vorsorgenehmers vorhandenen Gelder unter ihrem Namen bei ihrer Depotbank, der Credit Suisse (Schweiz) AG oder einer anderen Rechtseinheit der UBS Group in der Schweiz („Depotbank“), anlegen und als Anspruch des Vorsorgenehmers besonders kennzeichnen lassen. Für die Administration der Freizügigkeitskonten und -depots kann die Stiftung die Credit Suisse (Schweiz) AG, die Credit Suisse AG, eine andere Rechtseinheit der UBS Group oder einen Dritten beauftragen („Administratorin“) und diesen jeweils ein Substitutionsrecht einräumen.

3 Betreuung und Beratung

3.1 Betreuung und Beratung im Allgemeinen

Die Betreuung und Beratung der Vorsorgenehmer erfolgt durch die Credit Suisse (Schweiz) AG, die Credit Suisse AG oder eine andere Rechtseinheit der UBS Group («Bank»).

Hat der Vorsorgenehmer eine Bankbeziehung bei der Bank, wird seine Vorsorgebeziehung wenn möglich im Rahmen seiner Bankbeziehung betreut. Möchte er darauf verzichten, so hat er dies der Stiftung anzuzeigen. In diesem Fall erfolgt die Betreuung der Vorsorgebeziehung unabhängig von seiner Bankbeziehung. Adressinstruktionen oder andere das Vorsorgeverhältnis betreffende Mitteilungen müssen dann für diese Beziehung separat erfolgen.

3.2 Betreuung und Beratung bezüglich Wertschriftenanlagen

Die Bank stellt sicher, dass der Vorsorgenehmer immer über die Risiken und Kosten einer Wertschriftenanlage informiert wird. Bevor der Vorsorgenehmer in Wertschriftenanlagen, die von der Stiftung angeboten werden, investieren kann, muss er eine von der Bank angebotene Risikoauflärung beziehungsweise produktspezifische Beratung in Anspruch nehmen. Die Bank orientiert sich dabei ausschliesslich an den Angaben, die der Vorsorgenehmer gegenüber der Bank zum Zeitpunkt der Beratung erteilt und erstellt gestützt darauf eine Anlageempfehlung. Der Vorsorgenehmer trifft - unter Berücksichtigung seiner finanziellen Verhältnisse, seiner Kenntnisse und Erfahrung als Anleger, seines Anlageziels, seines Anlagehorizonts sowie des aus seinen Angaben ermittelten Risikoprofils – den definitiven Anlageentscheid mit der ausgewählten Anlagestrategie eigenständig.

Der Vorsorgenehmer nimmt zur Kenntnis, dass der Wertschriftenauftrag nicht zulässig ist, wenn sein Anlageentscheid die von der Bank vorgeschlagene Anlageempfehlung übersteigt.

Wenn sein Anlageentscheid die von der Bank vorgeschlagene Anlageempfehlung unterschreitet, wird der Wertschriftenauftrag ausgeführt und der Vorsorgenehmer nimmt das geringere Renditepotential bei Untersteuerung in Kauf.

4 Online Banking

Hat der Vorsorgenehmer Online Banking (mit oder ohne E-Dokumente) bei der Bank gemäss den dort geltenden Bedingungen, so darf im Online Banking die Vorsorgebeziehung angezeigt werden. Die Anzeige kann jederzeit eingeschränkt oder aufgehoben werden.

5 Kundendaten

Die Stiftung verpflichtet sich, die im Rahmen der Vorsorgevereinbarung bekannt gegebenen Personendaten des Vorsorgenehmers vertraulich zu handhaben.

5.1 Datenaustausch und Offenlegung

Die Stiftung veröffentlicht ihre Grundsätze der Bearbeitung von Kundendaten sowie alle damit zusammenhängen-

den Informationen im Internet (unter www.credit-suisse.com/RechtlicheHinweise). Änderungen werden jeweils wiederum im Internet publiziert. Bitte prüfen Sie den Inhalt regelmässig.

5.2 Datenaustausch und Offenlegung

Der Vorsorgenehmer ermächtigt die Stiftung, alle Daten im Rahmen der Vorsorgebeziehung an die Credit Suisse (Schweiz) AG, die Credit Suisse AG sowie andere Rechtseinheiten der UBS Group in der Schweiz zu übermitteln. Die Übermittlung der Daten kann dabei insbesondere auch für geschäftliche Zwecke zur Verbesserung i) des Verständnisses der UBS Group hinsichtlich der umfassenden Beziehung des Vorsorgenehmers mit der Stiftung und anderen Rechtseinheiten der UBS Group, ii) des Verständnisses der Bedürfnisse und Präferenzen des Vorsorgenehmers und iii) des umfassenden Produkt- und Dienstleistungsangebots der UBS Group, erfolgen. Hat der Vorsorgenehmer eine Bankbeziehung bei der Bank, so darf die Bank die für die Betreuung und Abwicklung der Vorsorgebeziehung erforderlichen Informationen und Dokumente der Stiftung mitteilen (z.B. Kontodaten, Adressänderungen, Unterschriftenbild oder Todesfalldokumente).

Im Rahmen der für die Stiftung, die Credit Suisse AG, die Credit Suisse (Schweiz) AG sowie andere Rechtseinheiten der UBS Group in der Schweiz geltenden rechtlichen Vorgaben dürfen Informationen über allfällige Vorsorgebeziehungen auf Anfrage hin gegenüber Dritten offengelegt werden.

Diese Ermächtigung bleibt über den Tod und den Eintritt der Handlungsunfähigkeit des Vorsorgenehmers hinaus in Kraft.

5.3 Datenverwendung

Die Stiftung, die Credit Suisse AG und die Credit Suisse (Schweiz) AG sowie andere Rechtseinheiten der UBS Group in der Schweiz dürfen erhaltene Daten zur Kundenbetreuung und -beratung, für Marketingaktivitäten, zu statistischen Zwecken sowie zu den in Ziff. 5.2. aufgeführten Zwecken verwenden. Eine vom Vorsorgenehmer verwendete oder bekanntgegebene E-Mail-Adresse darf im Rahmen der Freizügigkeitsbeziehung verwendet werden.

5.4 Bevollmächtigte

Hat der Vorsorgenehmer gegenüber der Bank bezüglich der Bankbeziehung, unter der seine Vorsorgebeziehung geführt wird, einen Bevollmächtigten ernannt, so darf diesem die Vorsorgebeziehung angezeigt und Auskunft darüber erteilt werden. Ausgenommen von dieser Regelung sind Vollmachten auf der Bankbeziehung, die auf einzelne Konten oder Depots eingeschränkt sind.

Die Regelung im vorherigen Absatz gilt auch für Ermächtigungen im Online Banking.

6 Kapitaleingänge

Die bisherige Personalvorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung überweist die Freizügigkeitsleistung an die Stiftung.

Nachträgliche Einlagen sind möglich, sofern es sich um Austrittsleistungen aus einer Vorsorgeeinrichtung oder Vorsorgekapitalien aus einer anderen Freizügigkeitseinrichtung handelt. Unrechtmässig überwiesene Freizügigkeitskapitalien werden an die bisherige Vorsorgeeinrichtung zurückerstattet.

Einzahlungen durch den Vorsorgenehmer selbst sind nur dann zulässig, wenn es sich um Rückzahlungen von im Rahmen der Wohneigentumsförderung gemäss Art. 30d BVG getätigten Vorbezügen oder Pfandverwertungen handelt.

7 Formen der Vorsorge

7.1 Freizügigkeitskonto

Die Freizügigkeitskonten werden jährlich am 31. Dezember abgeschlossen.

7.2 Wertschriftenanlage

7.2.1 Beschreibung

Auf Grund eines Auftrages des Vorsorgenehmers kann das bei der Stiftung eingehende Kapital in eine der angebotenen Anlagegruppen oder andere Anlageprodukte (z.B. kollektive Anlagen, Zertifikate, strukturierte Produkte) investiert werden. Sämtliche von der Stiftung angebotenen Anlageprodukte entsprechen den gesetzlichen Vorschriften der BVV 2. Die Stiftung erwirbt im Auftrag und zugunsten des Vorsorgenehmers die entsprechende Anzahl von Ansprüchen des vom Vorsorgenehmer gewählten Anlageproduktes.

Unvollständige, inkorrekte oder unklare Aufträge werden nicht ausgeführt.

Ansprüche der Anlagegruppe können täglich zum dann gültigen Inventarwert zuzüglich eines allfälligen Auf- bzw. Abschlags gezeichnet bzw. zurückgegeben werden.

7.2.2 Risiken und Haftung

Der Stiftungsrat legt fest, welche Anlageprodukte durch die Stiftung angeboten werden. Für das in Anlageprodukte angelegte Freizügigkeitsguthaben besteht weder ein Anspruch auf eine Verzinsung noch auf Kapitalwerterhaltung. Das Anlagerisiko trägt der Vorsorgenehmer. Der Vorsorgenehmer ist sich bewusst, dass aus der Investition in Wertschriften auch Kursverluste entstehen können, welche er selber zu tragen hat. Die Stiftung übernimmt dafür keine Haftung.

Die Verantwortung für die Wahl des konkreten Anlageproduktes liegt beim Vorsorgenehmer. Diese Wahl ist u.a. abhängig vom individuellen Risikoprofil, von den spezifischen Anlagezielen und vom jeweiligen Anlagehorizont.

Es liegt weiter in der Verantwortung des Vorsorgenehmers, bei einer veränderten Lebenssituation (z.B. Scheidung, verkürzter Anlagehorizont) die Wahl der Anlagestrategie anzupassen.

7.2.3 Änderungen innerhalb der Anlageprodukte

Die Anlageprodukte können Änderungen (insbesondere Anpassung der Anlagerichtlinien, der Kosten, Benchmark-Zusammensetzung) unterliegen. Diese Änderungen erfolgen einseitig ohne die Zustimmung der investierten Vorsorgenehmer. Die aktuellsten Informationen können jeweils dem monatlich publizierten Factsheet des jeweiligen Anlageprodukts entnommen werden. Es erfolgt dazu keine ausdrückliche Kommunikation an den Vorsorgenehmer seitens der Stiftung.

7.2.4 Wechsel des Anlageprodukts

Bei einem Wechsel (Switch) können der Verkauf des bestehenden Anlageprodukts und der Kauf des neuen Anlageprodukts nicht am gleichen Börsentag erfolgen. Es wird immer zuerst der exakte Verkaufserlös ermittelt, bevor der nachfolgende Kaufauftrag erteilt wird. Daraus entsteht eine Verzögerung zwischen dem Verkauf des bestehenden Anlageprodukts und dem Kauf des neuen Anlageprodukts. Der Vorsorgenehmer partizipiert während der Dauer der Verzögerung nicht an einem allfälligen Kursanstieg des neuen Anlageprodukts, aber auch nicht an einem allfälligen Kursrückgang.

7.2.5 Auftragsstornierung

Aufgegebene Kauf- und Verkaufsaufträge sind verbindlich. Es besteht kein Anspruch, diese bei der Stiftung stornieren zu können.

7.2.6 Handelstage

Die Ansprüche der Anlageprodukte werden an jedem Bankwerktag ausgegeben oder zurückgenommen. An Feiertagen im In- und Ausland inklusive 24. Dezember und 31. Dezember kann die Ausgabe oder Rücknahme von Ansprüchen vorübergehend eingestellt werden.

7.2.7 Verkauf der Wertschriftenanlage aus gesetzlichen Gründen

Ein (Teil-)Verkauf der Wertschriftenanlage erfolgt in folgenden Fällen von Gesetzes wegen und ohne ausdrücklichen Auftrag des Vorsorgenehmers:

- a) bei Pfandverwertung;
- b) wenn die neue Vorsorgeeinrichtung das Kapital für den entsprechenden Einkauf einfordert;
- c) bei richterlicher Verfügung infolge Ehescheidung bzw. bei gerichtlicher Auflösung der eingetragenen Partnerschaft.

Ein Verkauf von Gesetzes wegen kann dazu führen, dass der Verkauf der Wertschriftenanlagen möglicherweise zu einem ungünstigen Zeitpunkt erfolgen muss und somit vom Vorsorgenehmer ein Verlust realisiert wird.

7.2.8 Entschädigungen

Die Anlageprodukte werden in ein auf die Stiftung lautendes Freizügigkeitsdepot bei der Depotbank eingebucht. Im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen kann die Bank von Dritten (inklusive anderen Banken und Rechtseinheiten der UBS Group) Retrozessionen, Vergütungen, Gebühren, Kommissionen inkl. Bestandespflegekommissionen, Rückerstattungen, Abschläge, Rabatte, Vertriebsentschädigungen, Zuwendungen oder andere Leistungen (nachfolgend «Entschädigungen») erhalten. Entschädigungen bemessen sich üblicherweise in Prozenten des von der Bank insgesamt gehaltenen Anlagevolumens eines Anlageproduktes. Die von der Bank vereinnahmten Entschädigungen können sich bei kollektiven Kapitalanlagen einschliesslich Produkten von Anlagestiftungen innerhalb folgender Bandbreite bewegen: 0 bis maximal 2% pro Jahr. Die Gröszenordnung der maximalen Entschädigung je Kunde ergibt sich durch Multiplikation des maximalen Prozentsatzes mit dem Wert des Anlagevolumens in der jeweiligen Produktkategorie. Die Bank kann auch bei unvollständigen Jahresperioden die volle Jahresentschädigung gemäss der oben erwähnten Bandbreite erhalten. Sollten diese Entschädigungen ohne entsprechende Abrede einer gesetzlichen Ablieferungspflicht gegenüber der Stiftung bzw. dem Vorsorgenehmer unterliegen, verzichtet der Vorsorgenehmer auf das Recht auf Herausgabe dieser Entschädigungen, insbesondere auch für den Fall, dass entsprechende Entschädigungen den Aufwand für die seitens Bank, Depotbank und Administratorin für die Stiftung erbrachten Leistungen übersteigen sollten. Vorbehalten bleiben zwingende gesetzliche Bestimmungen.

8 Informationspflicht und Kommunikation

Der Vorsorgenehmer erhält von der Stiftung nach Eröffnung des Freizügigkeitskontos und dem getätigten Wertschriftenkauf eine Bestätigung und jeweils im Januar des Folgejahres eine Übersicht über sein Freizügigkeitskonto und/oder -depot per 31. Dezember.

Hat der Vorsorgenehmer herbeigeführt, dass diese Unterlagen und/oder darin enthaltene Angaben in den Besitz von Unberechtigten gelangen und wird dadurch eine falsche Auszahlung von Leistungen verursacht, haftet die Stiftung nur bei grober Fahrlässigkeit oder Absicht.

Der Vorsorgenehmer hat der Bank zuhanden der Stiftung oder der Stiftung direkt sämtliche Änderungen seiner Situation, beispielsweise Adress-, Namens-, und Zivilstandsänderungen schriftlich mitzuteilen. Ist der Vorsorgenehmer verheiratet, hat er der Stiftung das Datum der Heirat bekanntzugeben. Die Stiftung lehnt jede Verantwortung für die Folgen ungenügender, verspäteter oder unrichtiger Angaben von Adresse oder Personalien ab.

Namenswechsel oder Zivilstandswechsel sind mit einem amtlichen Dokument zu belegen.

Sämtliche Korrespondenz des Vorsorgenehmers hat in einer der Landessprachen oder Englisch zu erfolgen.

Mitteilungen von Seiten der Stiftung oder der Bank auftrags der Stiftung gelten als rechtsgültig zugestellt, wenn sie an die letzte vom Vorsorgenehmer bekanntgegebene Adresse geschickt worden sind.

Vergessene Freizügigkeitsguthaben werden nach Ablauf von 10 Jahren ab dem Referenzalter der AHV an den Sicherheitsfonds überwiesen. Im Freizügigkeitsfall erstellt die Stiftung für den Vorsorgenehmer eine Abrechnung über die Austrittsleistung. Sie informiert die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung über die relevanten Daten für die Übertragung.

9 Altersleistung

Der Vorsorgenehmer hat Anspruch auf die Altersleistung. Altersleistungen werden in der Regel mit Erreichen des Referenzalters der AHV ausbezahlt.

Sie dürfen frühestens fünf Jahre vor diesem Zeitpunkt ausgerichtet werden und werden spätestens fünf Jahre nach diesem Zeitpunkt fällig. Erklärt der Vorsorgenehmer der Stiftung, dass er weiterhin erwerbstätig ist, kann der Bezug bis höchstens fünf Jahre nach Erreichen des Referenzalters der AHV aufgeschoben werden.¹ Den Bezug der Altersleistung hat der Vorsorgenehmer mit dem entsprechenden Formular schriftlich bei der Stiftung zu beantragen.

Die Altersleistung kann vorzeitig an einen Vorsorgenehmer ausbezahlt werden, welcher eine volle Invalidenrente der Eidgenössischen Invalidenversicherung (IV) bezieht.

10 Todesfalleistung

Stirbt der Vorsorgenehmer, bevor die Altersleistung fällig geworden ist, gilt das Freizügigkeitskapital als Todesfallkapital und wird den folgenden Personen in nachstehender Reihenfolge ausgerichtet:

- a) dem überlebenden Ehegatten, und soweit sie gemäss BVG einen Anspruch auf Hinterlassenenleistungen besitzen, den Waisen, den Pflegekindern sowie gegebenenfalls dem geschiedenen Ehegatten; bei deren Fehlen
- b) den natürlichen Personen, die vom Vorsorgenehmer in erheblichem Masse unterstützt worden sind oder der Person, mit welcher der Vorsorgenehmer in den

letzten fünf Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder der für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss; bei deren Fehlen

- c) den Kindern, welche nicht gemäss BVG einen Anspruch auf Hinterlassenenleistungen besitzen; bei deren Fehlen
- d) den Eltern; bei deren Fehlen
- e) den Geschwistern; bei deren Fehlen
- f) den übrigen gesetzlichen Erben, unter Ausschluss des Gemeinwesens.

Der Vorsorgenehmer hat das Recht, die Ansprüche der Begünstigten näher zu bezeichnen und den Kreis von Personen nach a) mit solchen nach b) zu erweitern. Ebenso hat der Vorsorgenehmer das Recht, die Reihenfolge der Begünstigten nach c), d) und e) zu ändern.

Werden die Ansprüche der Begünstigten nicht näher bezeichnet, erfolgt die Aufteilung unter mehreren Begünstigten derselben Kategorie zu gleichen Teilen.

Der Vorsorgenehmer muss die Stiftung schriftlich informieren, wenn er Änderungen in der reglementarischen Begünstigungsregelung vornehmen will oder wenn Personen begünstigt werden sollen, die von ihm in erheblichem Masse unterstützt werden, die mit ihm eine Lebensgemeinschaft führen oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen.

Die Stiftung behält sich vor, bei Kenntnis von Erbnunwürdigkeit nach Schweizerischem Zivilgesetzbuch (ZGB) die Auszahlung an die unter a) – f) aufgeführten Personen zu verweigern.

Bei Streitigkeiten über die Person des Anspruchsberechtigten ist die Stiftung befugt, die Todesfalleistung gemäss Art. 96 OR zu hinterlegen.

11 Überweisung des Freizügigkeitsguthabens

Eine Überweisung des Freizügigkeitsguthabens an eine Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung ist jederzeit möglich. Teilüberweisungen sind dann zulässig, wenn sie für den Einkauf in eine Vorsorgeeinrichtung bestimmt sind.

Das Freizügigkeitsguthaben darf jedoch höchstens an eine weitere Freizügigkeitseinrichtung übertragen werden.

12 Vorzeitige Barauszahlung

Eine vorzeitige Barauszahlung ist zulässig, wenn

dieser Leistungen bis zum 31. Dezember 2029, höchstens aber fünf Jahre über das Erreichen des Referenzalters der AHV hinaus, aufschieben

¹ Personen, die ihre Altersleistungen nach Artikel 9 in den Jahren 2024–2029 beziehen müssten, weil sie das Referenzalter erreichen oder bereits überschritten haben, und die nicht mehr erwerbstätig sind, können die Auszahlung

- a) der Saldo des Freizügigkeitskontos kleiner ist, als der auf ein ganzes Beitragsjahr hochgerechnete Jahresbeitrag des Vorsorgenehmers im vorhergehenden Vorsorgeverhältnis;
- b) der Vorsorgenehmer den Wirtschaftsraum Schweiz und Liechtenstein endgültig verlässt. Die Barauszahlung des BVG-Guthabens, d.h. des obligatorischen Teils, ist beim endgültigen Verlassen der Schweiz nicht mehr möglich, wenn der Vorsorgenehmer nach dem Recht eines Mitgliedstaates der EU (bzw. der EFTA) für die Risiken Alter, Tod und Invalidität weiterhin obligatorisch versichert ist;
- c) der Vorsorgenehmer in der Schweiz eine selbstständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und der obligatorischen Versicherung nicht mehr untersteht. Der Bezug ist innerhalb eines Jahres nach Aufnahme der selbstständigen Erwerbstätigkeit möglich.

13 Ausrichtung der Leistung

Die Leistung wird ausschliesslich in Kapitalform erbracht und 30 Tage nach Eingang des vollständigen Gesuchs fällig. Ist ein Inkassohilfverfahren gegen den Vorsorgenehmer hängig, treten die Verzugsfolgen nicht ein, solange die Fachstelle für Inkassohilfe die fälligen Ansprüche nicht zur Auszahlung frei gegeben hat. Die Höhe der Leistung entspricht jeweils dem Saldo des Freizügigkeitskontos zuzüglich Zinsgutschrift und/oder dem Erlös aus dem Verkauf von Ansprüchen der Anlageprodukte. Falsch bzw. unrechtmässig ausgerichtete Leistungen sind an die Stiftung zurückzuerstatten.

14 Bezug der Leistung

1. Für den Bezug des Freizügigkeitsguthabens oder der Altersleistung hat der Vorsorgenehmer bei der Stiftung je nach Sachverhalt das entsprechende Formular einzureichen, welches genaue Angaben über den Auszahlungsgrund und die Zahlungsinstruktionen enthält und die benötigten Dokumente pro Zahlungsgrund aufführt. Der Vorsorgenehmer muss den Ehegatten bzw. den eingetragenen Partner gemäss den Anforderungen im Bezugsantrag mitunterzeichnen und dessen Unterschrift auf dem Formular beglaubigen lassen. Sämtliche Formulare sind bei der Stiftung erhältlich. Alle formellen Voraussetzungen auf den Formularen gelten als Bestandteil dieses Reglements.
2. Bei der Ausrichtung von Freizügigkeits- und Altersleistungen wird die Stiftung in der Regel innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Gutheissung des Auszahlungsgesuches des Vorsorgenehmers den Auftrag erteilen, die Ansprüche an Anlageprodukten zu veräussern. Beim Ableben des Vorsorgenehmers wird der Auftrag erteilt,

sobald die Stiftung mit einem Zivilstandsdocument über den Todesfall informiert worden ist.

3. Die Stiftung behält sich vor, weitere Bescheinigungen einzuverlangen, soweit dies für die Abklärung des geltend gemachten Sachverhalts notwendig erscheint.

15 Vollständige oder teilweise Überweisung der Leistung

1. Wenn der Vorsorgenehmer den Auftrag zur teilweisen Überweisung des Freizügigkeitsguthabens erteilt, was nur bei Einkauf in die Vorsorgeeinrichtung, Scheidung und Vorbezug für Wohneigentumsförderung zulässig ist, verkauft die Stiftung nur den Teil an Anlageprodukten, welcher dem angegebenen Betrag entspricht.
2. Tritt der Vorsorgenehmer in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein (z. B. bei Stellenwechsel), ist das Freizügigkeitskapital zu übertragen. Der Eintritt ist der Stiftung zu melden.

Für die Überweisung an eine neue Vorsorgeeinrichtung ist die Verwendung des Formulars nicht zwingend. Das entsprechende Begehren ist aber durch den Vorsorgenehmer zu unterzeichnen und ein Einzahlungsschein der neuen Vorsorgeeinrichtung ist beizulegen.

3. Die neue Vorsorgeeinrichtung ist auch berechtigt, die Überweisung direkt bei der Stiftung zu veranlassen.

16 Verpfändung und Abtretung

Der Leistungsanspruch kann vor Fälligkeit weder rechtsgültig abgetreten noch verpfändet werden. Art. 17 bleibt vorbehalten.

17 Wohneigentumsförderung

Der Vorsorgenehmer kann bis zur Höhe des gesetzlich vorgeschriebenen Maximalbetrages die Freizügigkeitsleistung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf vorbeziehen oder verpfänden. Vorbezug und Verpfändung richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie dem *Reglement für die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge*.

18 Ehescheidung

Bei Ehescheidung kann das Gericht bestimmen, dass ein Teil der Freizügigkeitsleistung, die ein Vorsorgenehmer während der Dauer der Ehe erworben hat, an die Vorsorgeeinrichtung seines Ehegatten übertragen und auf scheidungsrechtliche Ansprüche, welche die Vorsorge sicherstellen, angerechnet wird.

Diese Leistung wird durch die Stiftung gemäss dem Gerichtsurteil an die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung

des berechtigten Ehegatten überwiesen.

Bis zum Nachweis, dass die vorsorgerechtlichen Ansprüche des berechtigten Ehegatten befriedigt wurden, behält sich die Stiftung vor, ergänzende Unterlagen zur Prüfung des Sachverhalts einzufordern. Solange diese nicht vorliegen, kann sie ein allfälliges Auszahlungsgesuch des Vorsorgenehmers ablehnen.

19 Steuerliche Behandlung

Das Freizügigkeitskapital und die daraus fließenden Erträge sind bis zur Fälligkeit steuerfrei. Die Leistung unterliegt der Besteuerung nach eidgenössischem und kantonalem Recht. Bei der Auszahlung von Leistungen hat die Stiftung den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer nachzukommen und Bezüge mit Adresse und Sozialversicherungsnummer des Empfängers den zuständigen Steuerbehörden zu melden, beziehungsweise bei Auszahlungen an Empfänger mit Wohnsitz im Ausland die fälligen Quellensteuerbeträge zurückzuhalten. Die Stiftung darf zur Feststellung des Wohnsitzes bei Auszahlung vorgängig eine Wohnsitzbestätigung einfordern. Bestehen keine schlüssigen Angaben über den Wohnsitz, hat die Stiftung in jedem Falle die Quellensteuer zu erheben.

20 Gebühren

1. Die Stiftung kann zur Deckung ihrer Verwaltungskosten gegenüber dem Vorsorgenehmer und den Begünstigten Gebühren erheben und diese dem Freizügigkeitskonto belasten oder von der Leistung in Abzug bringen. Der Vorsorgenehmer ist dafür verantwortlich, dass sein Freizügigkeitskonto jederzeit einen für die Gebührenbelastung ausreichenden Saldo aufweist. Trifft dies nicht zu, ist die Stiftung dazu ermächtigt, allfällig vorhandene Wertschriften des Vorsorgenehmers zur Deckung des negativen Saldos zu veräussern, wie wenn der Vorsorgenehmer der Stiftung einen entsprechenden Auftrag erteilt hätte. Die Gebühren

werden in einem separaten Kostenreglement geregelt, welches bei der Stiftung erhältlich ist.

2. Bricht der Kontakt zum Vorsorgenehmer aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Informationen (vgl. Ziff. 8 Abs. 3) ab und werden in der Folge die bei der Stiftung hinterlegten Vermögenswerte kontaktlos, so belastet die Stiftung dem Vorsorgenehmer die ihr entstehenden Kosten für die Nachforschungen ebenso wie für die besondere Behandlung und Überwachung kontaktloser Werte.
3. Ist der Kontakt zum Vorsorgenehmer abgebrochen, werden dem Freizügigkeitskonto die laufenden Gebühren weiterhin belastet.

21 Haftung

Die Stiftung haftet dem Vorsorgenehmer gegenüber nicht für die Folgen, die sich ergeben, wenn der Vorsorgenehmer die gesetzlichen, vertraglichen oder reglementarischen Verpflichtungen nicht einhält.

22 Gerichtsstand

Für Streitigkeiten aus diesem Reglement sind ausschliesslich Schweizer Gerichte zuständig. Der Gerichtsstand ist der schweizerische Sitz oder Wohnsitz der beklagten Partei.

23 Inkrafttreten, Änderungen

Dieses Reglement tritt am 9. Februar 2024 in Kraft und ersetzt alle früheren Reglemente.

Änderungen der einschlägigen, diesem Reglement zu Grunde liegenden Gesetzesbestimmungen bleiben vorbehalten und gelten ab ihrer Inkraftsetzung auch für das vorliegende Reglement.

Der Stiftungsrat ist berechtigt, Änderungen dieses Reglements jederzeit vorzunehmen. Die Änderungen bedürfen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Sie werden dem Vorsorgenehmer in geeigneter Form bekannt gegeben.